# Ausgabe September/Oktober 2024

**UKRAINE-KRIEG** 

# UMFRAGE MEHRHEIT FÜR VERHANDLUNGEN!

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im August 2024 hat sensationelle Resultate in Sachen Krieg und Frieden ergeben.

68 % sind für Friedensverhandlungen 65 % sind für Waffenstillstand 48 % sind gegen eine Taurus-Lieferung 46 % beklagen mangelnde Diplomatie 45 % fürchten Krieg in Deutschland

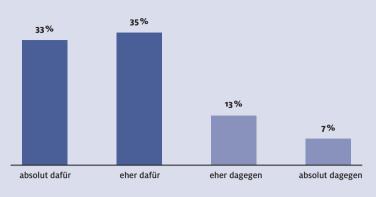
iese Zahlen sind neu. Warum? Weil bisher die Fragen dazu so detailliert nicht gestellt wurden. Tatsächlich ist eine überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung in Sachen Ukrainekrieg gegenteiliger Meinung als die Bundesregierung. Die repräsentative Umfrage wurde von dem Meinungsforschungsinstitut INSA ("Sonntagsfrage") ausgeführt.

Auf die Frage "Sind Sie grundsätzlich für oder gegen **Friedensverhandlungen** mit Russland?" antworteten 68%: Ich bin dafür (Die Hälfte von ihnen ist "absolut" für Friedensverhandlungen, die andere Hälfte "eher dafür"). In Ostdeutschland sind 76% für Friedensverhandlungen, in Westdeutschland 66%. Am stärksten *für* Verhandlungen sind die WählerInnen des BSW (87%) und der AfD (82%) – am wenigsten *für* Friedensverhandlungen sind die WählerInnen der Grünen (59%) und der Linken (58%).

"Und wie würden Sie es bewerten, wenn die westlichen Länder Russland anbieten würden, im Gegenzug zu einem Waffenstillstand und der Aufnahme von Friedensgesprächen auf weitere **Waffenlieferungen** zu verzichten?", lautet die Frage an alle, die grundsätzlich für Verhandlungen mit Russland sind (1.358 Befragte). Von ihnen fänden 65 % das "gut" bis "sehr gut".

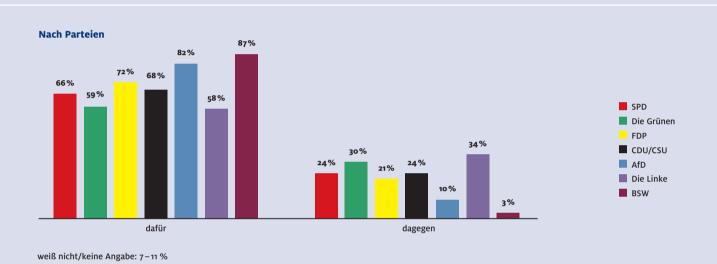
In Ostdeutschland plädierten sogar 79% für einen Waffenstillstand, in Westdeutschland 62%. Die Mehrheit der WählerInnen aller Parteien fände einen Waffenstillstand gut, auch die der SPD (58%) und CDU/CSU (60%). Nur die Grünen-WählerInnen sind nicht mehrheitlich dafür (42%). Und – Überraschung – 74% der FDP-WählerInnen sind für einen Stopp der Waffenlieferungen bei Verhandlungen. Schon gehört, Marie-Agnes Strack-Zimmermann?

#### Sind Sie grundsätzlich für oder gegen Friedensverhandlungen mit Russland?

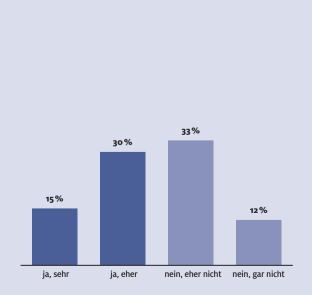


INSa

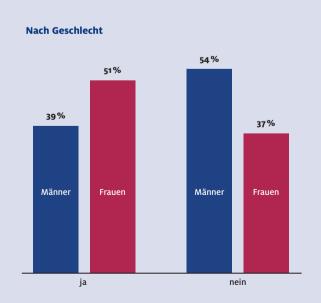
weiß nicht/keine Angabe: 12 %



#### Befürchten Sie eine Ausweitung des Ukrainekrieges auf Deutschland?



weiß nicht/keine Angabe: 10 %



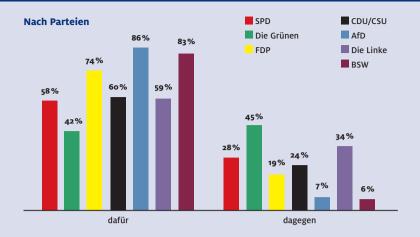
weiß nicht/keine Angabe: Männer 7 %, Frauen 13 %

# Wie würden Sie es bewerten, wenn die westlichen Länder Russland anbieten würden, im Gegenzug zu einem Waffenstillstand und der Aufnahme von Friedensgesprächen auf Waffenlieferungen an die Ukraine zu verzichten?

Basis: 1.358 – nur Befragte, die grundsätzlich für Verhandlungen mit Russland sind

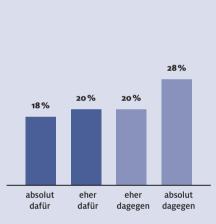


ist mir egal/weiß nicht/keine Angabe: 15 %

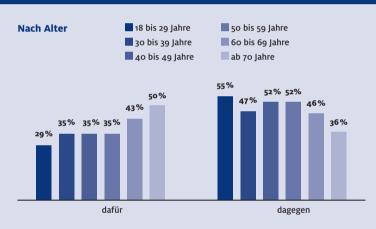


Ist mir egal: 1-2 %, weiß nicht/keine Angabe: 7-11 %

### Sind Sie für oder gegen die Lieferung des Waffensystems Taurus an die Ukraine durch Deutschland?

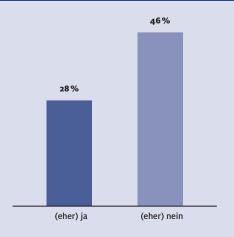


weiß nicht/keine Angabe: 14 %

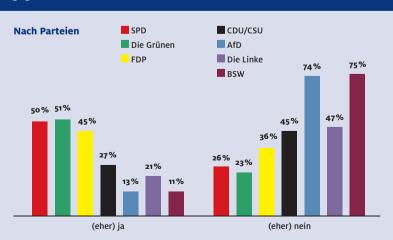


weiß nicht/keine Angabe: 11–16 %

# Hat die deutsche Bundesregierung Ihrer Meinung nach im Russland-Ukraine-Krieg diplomatisch genug unternommen, um eine Kriegsgefahr für Deutschland abzuwenden?



weiß nicht/keine Angabe: 26 %



weiß nicht: 12 – 26 %, keine Angabe: 1 – 6 %

Gegen die Lieferung des **Waffensystems Taurus** durch Deutschland an die Ukraine sind 48 % aller Befragten (davon 28 % "absolut dagegen" und 20 % "eher dagegen"). Nur 38 % sind dafür.

Interessant sind hier die **Altersunterschiede**: Je älter die Befragten, desto häufiger sind sie für die Lieferung des Taurus (50 % von ü70). Die unter 30-Jährigen sind zu 55 % dagegen (und nur zu 29 % dafür). Auch Ost/West unterscheidet sich wieder. 60 % der Ostdeutschen sind *gegen* die Taurus-Lieferung und 45 % der Westdeutschen. Nur 28 % der Ostdeutschen sind *dafür*, aber 41 % der Westdeutschen (12 bzw. 15 % haben keine Meinung).

Auch hier sind die **Grünen-WählerInnen überragend für die Taurus-Lieferung** (74 %), gefolgt von der FDP (62 %) und der SPD (51 %) – also die Anhänger aller drei Regierungsparteien.

In den meisten Punkten ist der Geschlechter-Unterschied gering, übersteigt nicht 6%. Bei der Frage nach der Lieferung des Taurus klaffen die Meinungen von Frauen und Männern erstmals stärker auseinander: 51% der Frauen (aber nur 44% der Männer) sind gegen die Lieferung des Taurus-Systems, das tief nach Russland reichen würde und sowohl den Kreml wie auch die russischen Atomabwehr-Stützpunkte vernichten könnte. 47% der Männer sind für die Tauruslieferung, aber nur 30% der Frauen.

Auch bei der Frage nach der Stationierung von **US-Mittelstreckenraketen** in Deutschland, die ebenfalls tief nach Russland hinein reichen würden, unterscheiden die Antworten der Geschlechter sich eklatant. 51 % der Männer sind dafür, aber nur 39 % der Frauen. Allerdings haben 17 % der Befragten bei dieser Frage keine Antwort gegeben. Da ist der Aufklärungsbedarf also noch hoch.

Auf die Frage "Fürchten Sie eine Ausweitung des Ukrainekrieges auf Deutschland?" antworteten je 45% der Befragten mit Ja und 45% mit Nein. Hier ist die Bevölkerung also gespalten. Interessant ist auch an dem Punkt der Unterschied der Geschlechter: 51% der Frauen befürchten eine Ausweitung des Krieges auf Deutschland, aber nur 39% der Männer (13 bzw. 7% haben keine Meinung).

**Ost/West** unterscheidet sich ebenso bei der Frage. Im Osten fürchten 55 % die Ausweitung des

Ukrainekrieges auf Deutschland, im Westen 43%. Bei den WählerInnen von SPD und Grünen haben je 39% diese Sorge, bei den WählerInnen des BSW 60%.

Die Frage "Hat die deutsche Bundesregierung Ihrer Meinung nach im Russland-Ukraine-Krieg diplomatisch genug unternommen, um eine Kriegsgefahr für Deutschland abzuwenden?", beantwortet eine überwältigende Mehrheit von 46% mit "Nein" (Ja 28%). Noch kritischer sehen das die Ostdeutschen. Sie antworteten zu 56% mit Nein (43% der Westdeutschen).

Besonders interessant sind hier die Angaben nach Parteien-Präferenz. Nur etwa die Hälfte der befragten SPD-, Grünen- und FDP-WählerInnen findet, dass die Ampel diplomatisch ausreichend aktiv war, um den Krieg zu verhindern bzw. zu beenden. Und nur einer von vier CDU/CSU-WählerInnen findet, dass der SPD-Kanzler und die grüne Außenministerin diplomatisch genug waren. Bei den AfD-WählerInnen sieht das gar nur jeder achte so. Der relativ hohe Prozentsatz von einem Viertel "Weiß nicht" zeigt, dass es zu dieser Frage keine ausreichende Transparenz gibt.

Und nun zur **Gretchenfrage** im Verhältnis von Bevölkerung und Regierung: "Ist es für Sie wahlentscheidend bei einer Bundestagswahl, ob eine Partei Friedensverhandlungen im Russland-Ukraine-Krieg fordert?" Ja! sagen 43%. Nein! sagen ebenfalls 43%. Da ist sie wieder, die Spaltung der Bevölkerung in Sachen Krieg in zwei Hälften.

Das Problem: Die Regierung vertritt bisher nur die eine Hälfte, bzw. eine Minderheit, die Pro-Kriegs-Fraktion. Die nächsten Bundestagswahlen sind am 28. September 2025. Werden die Regierungs- wie die Oppositions-Parteien ihre extrem einseitige Parteinahme bis dahin überdenken?

Noch stärker ist die Kluft bei Ost/West. 52% der Ostdeutschen machen ihre Wahlentscheidung von der Haltung der Parteien zum Krieg abhängig (Westdeutsche: 41%). Die nächsten Landtagswahlen in Ostdeutschland sind im September 2024.

INSA führte die repräsentative Umfrage im Auftrag von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht durch. Zeitraum: 2. bis 5. August 2024. Basis: 2.002 Personen ab 18 Jahren. 

●